

Knappe Mehrheit für Solaranlage in Waakhausen

Der Betreiber des Schießstands Waakhausen will jetzt Strom produzieren. Das Vorhaben ist mit Befürchtungen verbunden.

23.04.2024

Von Johannes Kessels

Die CDU/FDP-Gruppe hat die Sorge, dass der Bau der Solaranlage den Weiterbetrieb der bestehenden Schießanlage in Waakhausen unmöglich machen könnte

Die wievielte Wendung es ist im Streit um den Schießstand in Waakhausen, können wohl selbst die Beteiligten nicht genau sagen. In seiner jüngsten Sitzung stimmte der Ausschuss für Planung und Infrastruktur des Gemeinderats mit knapper Mehrheit dafür, den Flächennutzungsplan für das Gelände zu ändern, damit dort eine Solarstromanlage gebaut werden kann. In der Ausschusssitzung im November vorigen Jahres hatte es noch einhellige Zustimmung gegeben. Die [CDU](#)/FDP-Gruppe hat inzwischen aber die Sorge, dass der Bau der Solaranlage den Weiterbetrieb der bestehenden Schießanlage unmöglich machen könnte.

Vor knapp zwei Jahren, im Mai 2022, hatte der Gemeinderat noch beschlossen, auf dem Gelände einen Wald anzupflanzen. Jetzt möchte die Betreibergesellschaft "Schiessanlage Waakhausen GmbH" Solarstrom erzeugen, wohl auch, um mit dem Erlös Teile der millionenschweren Sanierung des Geländes zu finanzieren.

Im November vorigen Jahres hat der Ausschuss sich zum letzten Mal mit dem Schießstand befasst, der Verwaltungsausschuss als höchstes Organ des Gemeinderats hat sich kurz darauf seinen Empfehlungen angeschlossen. Die lauten: Der Beschluss des Gemeinderats vom Mai 2022, auf dem Gelände Wald zu entwickeln, wird aufgehoben. Auf dem Gelände soll eine "Fläche für solare Strahlenenergie" dargestellt werden - dafür muss der Flächennutzungsplan der Gemeinde geändert werden. Eine neue Raumschießanlage oder einen neuen Schallschutzwall soll es nicht geben, das "Sondergebiet Schießstand" wird nicht in die Flächennutzungsplanänderung übernommen.

Vorranggebiet für Natur und Landschaft

Ein Problem gibt es aber, wie Fachbereichsleiter Michael Rath von der Gemeindeverwaltung in der Ausschusssitzung erklärte: Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Osterholz weist die Flächen als Vorranggebiet für Natur und Landschaft aus. Deshalb muss nicht nur der Flächennutzungsplan geändert werden, sondern auch beim Landkreis ein "Zielabweichungsverfahren" beantragt werden, um das RROP zu ändern. Darauf solle man aber nicht warten. "Der Verwaltungsausschuss hat gesagt, wir sollen Gas geben."

Das fand auch Jochen Semken (UWG). Im November vorigen Jahres sei der Ausschuss einstimmig dafür gewesen, die Solaranlage zuzulassen, der jetzige Antrag sei die logische Folge. Es habe bisher viel Verzögerung gegeben, auch weil immer noch nicht klar sei, ob und wie der Schießstand saniert werde. Die F-Plan-Änderung solle für das ganze Grundstück gelten, nicht nur für den Teil, auf dem die Solaranlage geplant sei. Die Kosten für die Planung solle notfalls die Gemeinde übernehmen - zwar hieß es in der Sitzungsvorlage, sie sollten, wie

in derartigen Fällen üblich, vom Antragssteller getragen werden, der dies laut Michael Rath auch bereits in einem Brief an die Gemeindeverwaltung zugesichert hat, aber dazu muss noch eine vertragliche Kostenübernahmeerklärung abgegeben werden. Sollte diese nicht innerhalb von vier Wochen nach dem neuen VA-Beschluss eingegangen sein, solle die Gemeinde das Planverfahren bezahlen, beantragte Jochen Semken, was schließlich in den Beschlussvorschlag aufgenommen wurde.

Bernd Rugen (Linke) war bei der vorigen Ausschusssitzung nicht anwesend. Nur deshalb habe es dort eine einstimmige Empfehlung für die Solaranlage gegeben, meinte er; er sei nämlich strikt dagegen. Das habe auch mit dem bisherigen Verhalten der Betreiber-GmbH zu tun. "Die tanzt dem Landkreis doch auf der Nase herum." Er bezweifle, dass die Gesellschaft überhaupt eine Sanierung plane - bisher sei auch nicht ansatzweise etwas geschehen. Deshalb befürchte er sogar, dass die Änderung des Flächennutzungsplans und des RROP nur dazu diene, den Schießbetrieb auszuweiten.

Paradoxes Abstimmungsverhalten?

Diese Gefahr sah Andreas Uphoff (SPD) nicht. Er erklärte kurz und bündig, seine Partei sei für die Pläne. "Wir müssen endlich mal weiterkommen." Aber auch die Grünen, die mit dem Linken-Ratsherrn Rugen eine Gruppe im Rat bilden, unterstützen die Solaranlage, sagte Kristina Teege: "Das ist der erste vernünftige Vorschlag." Sie sei geradezu dankbar, dass endlich eine sinnvolle Nutzung in Sicht sei, und es sei eindeutig bekundet worden, dass kein Schießbetrieb mehr gewollt sei.

Das war möglicherweise eine vorschnelle Einschätzung, wie sich zeigte, als zur Abstimmung geschritten wurde. Bernd Kaufmann von der CDU, die sich an der Debatte nicht beteiligt hatte, beantragte, über die drei Teile des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen, und dabei stellte sich heraus, dass von der Einigkeit, die noch im November im Ausschuss geherrscht hatte, nichts mehr übrig war: Dass der F-Plan für eine Solaranlage geändert werden und das "Sondergebiet Schießstand" nicht in die Änderung übernommen wird, bekam nur eine knappe Mehrheit von fünf der neun Ausschussmitglieder - je zwei von SPD und UWG und eine von den Grünen. Mit Nein stimmten die CDU/FDP-Gruppe und der Vertreter der Linken. Der Vorschlag, beim Landkreis die Änderung des RROP zu beantragen, was Voraussetzung der F-Plan-Änderung ist, wurde dann aber mit Gegenstimme der Linken auch von der CDU/FDP mitgetragen. Dieses scheinbar paradoxe Abstimmungsverhalten erklärte Heiko Pankoke nach der Sitzung damit, dass seine Fraktion befürchte, eine Solaranlage könne dazu führen, dass der Schießbetrieb eingestellt werden müsse. Dass mit der Betreiber-GmbH eine Kostenübernahme vereinbart wird oder, falls es dazu nicht kommt, die Gemeinde die Kosten der Planung übernimmt, wurde dann bei Enthaltung des Linken-Vertreterers einstimmig beschlossen.